Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 87 (1993)

Heft: 2

Artikel: Das Dokument : Rostock - Sachsenhausen - und wohin danach?

Autor: Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands (alte Bundesländer) / Initiative christliche Linke (neue Bundesländer)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143750

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rostock – Sachsenhausen – und wohin danach?

Es vergeht kein Tag mehr, ohne dass Wohnheime von Flüchtlingen überfallen werden, ohne dass Ausländer angegriffen und zusammengeschlagen werden.

Aber: Es vergeht auch kein Tag, an dem die Regierenden nicht darüber ihr Bedauern ausdrücken und gleichzeitig die Änderung des Grundgesetzes als Allheilmittel zur Lösung aller Probleme des politischen Radikalismus und aller Flüchtlingsfragen empfehlen und vorbereiten.

Es vergeht leider auch kein Tag mehr, an dem nicht führende Vertreter der SPD die Argumente der Regierung übernehmen und ankündigen, dass sich die Gesamtpartei an der Grundgesetzänderung beteiligen wird.

Leider hören wir auch immer mehr Stimmen aus den Spitzen der evangelischen Kirchen, die auf diesen Zug aufspringen und den Boden des Evangeliums verlassen.

In dieser Situation fühlen wir uns aufgerufen, aus unserer Sicht dazu ein Votum abzugeben. Wir sind Christinnen und Christen evangelischer und katholischer Konfession aus West- und Ostdeutschland, zusammengeschlossen in den Organisationen:

Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands (alte Bundesländer)
Initiative christliche Linke (neue Bundesländer)

1. Angriffe auf Ausländer kommen nicht nur in Ostdeutschland vor!

Hoyerswerda, Rostock, Greifswald usw. flimmern über die Mattscheiben. Nicht in den Blickwinkel kommt, dass zwei Drittel aller Anschläge bislang in den Alt-Bundesländern geschahen. Rechtsradikalismus und Rassismus sind nicht die logische Frucht der DDR-Geschichte und erst recht nicht auf die fünf neuen Länder beschränkt. Wenn die Regierenden in unserem Lande dies wider besseres Wissen erklären und den Rechtsradikalismus zu einem «Ossi-Phänomen» stempeln, verschweigen sie die Täter der Alt-Bundesrepublik, die 40 Jahre Demokratie nicht daran gehindert haben, Brandsätze auf schlafende Kinder zu werfen wie im rheinischen Hünxe.

2. Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen für die Ausschreitungen in der Ex-DDR!

Auf lange Sicht gefährlicher als 200 bis 300 militante Neonazis sind einige tausend applaudierende Bewohner in Rostock-Lichtenhagen. Der Applaus dieser Menschen wurde in den Medien gezeigt, aber nicht gezeigt wurden die sozialen Probleme, die wir für ursächlich halten für das Verhalten dieser Menschen.

Was hätten die Medien berichten können: Zum Beispiel, dass es in Lichtenhagen 60 Prozent Arbeitslose gibt; dass die Jugendklubs geschlossen sind und es für die Jugendlichen keine Angebote mehr gibt; dass die heutigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr wissen, wo sie eine Berufsausbildung erhalten; dass die meisten Bewohner heute nicht das Geld haben, um die Reisen zu machen, die ihnen in der DDR nicht erlaubt waren. Früher nicht erlaubt, heute erlaubt, aber finanziell unmöglich!

Diejenigen, die über die SED und die DDR enttäuscht waren und mit grossen Hoffnungen die Wiedervereinigung begleiteten – genau die sind es jetzt, die sich als Opfer dieser Entwicklung sehen. Wer nicht in den neuen Bundesländern lebt, vermag sich nicht vorzustellen, wie gross die Enttäuschung dieser Menschen ist!

3. Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen, da sie sich selbst mit nennen müssten!

Wer erinnert sich nicht an Helmut Kohls «Vielen wird es besser, aber niemandem wird es schlechter gehen». Wir haben diesen Versprechungen nicht geglaubt, aber wir wenden uns dagegen, dass interessierte Kreise und Medien die Millionen, die im Osten CDU gewählt haben, als geistig Minderbemittelte und Naive abqualifizieren, die jetzt, nachdem die von ihnen gewählte CDU regiert, die Konsequenzen dieser Politik bejammern.

Wir bedauern, dass die Arbeitslosen von Lichtenhagen und die perspektivlosen Jugendlichen von Rostock ihre Wut, ihre Enttäuschung und ihre Hoffnungslosigkeit gegen andere Opfer gerichtet haben und nicht gegen die wirklichen Verursacher ihrer Situation. Die Werften und die anderen Rostocker Betriebe wurden nicht von Angolanern geschlossen, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden nicht von Vietnamesen aufgelöst und die Gewinner des Anschlusses von «Neufünfland» sind nicht die rumänischen Roma. 500 000 Asylbewerber werden als Zielscheibe präsentiert und lenken damit ab von der Bonner Regierung, der Treuhand...

4. Der Rechtsradikalismus wird weiter verharmlost!

Seit Jahren wurde von linker Seite darauf hingewiesen, dass die deutschen Rechtsradikalen durchorganisiert und vernetzt sind und dass es mittlerweile eine faschistische Logistik in der BRD gibt, die gut funktioniert. Bundesregierung und Verfassungsschutz ignorierten dies und präsentierten nach jedem Anschlag von rechts «Einzeltäter». Nach dem 300. Einzeltäter und den generalstabsmässig organisierten Angriffen in Rostock usw. gibt die Regierung zu, dass es in der Tat diese Logistik gibt. Wofür haben die mehreren tausend Beamten des Verfassungsschutzes bisher ihr Geld bekommen, wenn sie nicht in der Lage sind festzustellen, was einige «Linke» sogar ohne Bezahlung ermittelten?

Wenn die staatlichen Stellen nicht willens sind, den braunen Sumpf trockenzulegen und das Strafrecht genauso gegen rechts einzusetzen wie bisher gegen links, macht sich dieser Rechtsstaat schuldig an den nächsten Anschlägen und dokumentiert damit, dass seit Weimar nichts dazugelernt worden ist!

5. Rechts und links ist nicht das gleiche

Nach Rostock und den bisherigen Überfällen haben wir den Eindruck, dass dieser Staat sich von dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz «Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich!» verabschiedet hat:

– In Rostock ist die Polizei «aus Personalmangel» nicht in der Lage, die Asylbewerberunterkunft (ein Haus!) vor dem Pogrom zu schützen. Aber einige Tage später sind fast 7000 Polizisten im Einsatz, um «linksradikale Krawalle» in Rostock zu verhindern! Wer ums Himmels willen hat denn die Asylbewerber angegriffen!

– Bis jetzt sind in einem Jahr mindestens 10 Menschen Opfer rechtsradikaler Gewalt geworden. Wie hätte der Staat reagiert, hätte die «RAF» im letzten Jahr 10 Leute umgebracht? Wir befürchten, dass dann bei uns die Notstandsgesetze angewandt würden und der Staat alle seine Machtmittel einsetzte.

– In Rostock ist die Polizei nicht in der Lage oder nicht willens, brandbombenwerfende Faschisten abzuwehren – in München kesselt die Bereitschaftspolizei friedliche «linke» Demonstranten ein, deren Bewaffnung aus Trillerpfeifen besteht.

– Rechtsradikale Organisationen arbeiten weitgehend ungestört – der Strafrechtsparagraph 129 (kriminelle Vereinigung) gilt offensichtlich nur für linke Gruppierungen.

– Bei Verfahren gegen militante Linke wurden Höchststrafen verhängt, Militanz von

rechts wird mit Bewährungsstrafen «geahndet». Selbst für die Tötung von Menschen gibt es nur 4 Jahre Gefängnis! Wir erinnern uns an Fälle, wo eine Person bereits für das Pinseln einer «RAF»-Parole 1 Jahr ohne Bewährung erhielt!

6. Verständnis für die Motive der Täter

Was die aktuellen Ereignisse unerträglich macht, ist die Reaktion vieler Politiker auf die Krawalle. Statt sich unmissverständlich davon zu distanzieren, wird Verständnis dafür aufgebracht, die Schuld anderen zugeschustert und werden Opfer zu Tätern gemacht. Es ist der Gipfel der Perfidie, wenn etwa CDU-Politiker erklären, hätte die SPD der Grundgesetzdemontage eher zugestimmt, hätte es diese Ausschreitungen nicht gegeben.

7. Rettet das Grundgesetz vor der Regierung!

Die Zunahme der Asylbewerber in der BRD hat ihre Ursache im Zusammenbruch des bisherigen Ostblocks und des Kollapses der dortigen Ökonomien. Die Lage wird durch eine Grundgesetzänderung nicht besser. Auch die Zahl der Asylbewerber bei uns würde nach einer Grundgesetzänderung kaum sinken. Sinken würde etwas anderes:

– Weiter absinken würde die politische Moral der CDU/CSU. Wer weiss, was sie dem gesunden Volksempfinden noch alles an demokratischen Errungenschaften opfert, um Schönhuber zu verhindern und dabei zu überholen?

– Sinken würde die demokratische Kultur der SPD. SPD-Genossen, denkt daran, dass Willy Brandt und Herbert Wehner und viele tausend andere Sozialdemokraten Asylanten gewesen sind! Eine Asylpraxis, wie sie jetzt Hardliner der CDU diskutieren, hätte sie zum sicheren Tod verurteilt! Die SPD ist erneut dabei, aus Angst vor dem politischen Tod Selbstmord zu begehen!

8. Für eine Wende in der Asylpolitik

– Die demokratische Substanz unserer Verfassung muss erhalten werden. Wie in der Weimarer Republik und wie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist es Aufgabe der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit dieses Landes die Verfassung gegen ihre Demontage von rechts zu verteidigen.

– SPD, Bürgerbewegung und Gewerkschaften sind aufgerufen, sich dem rechten Druck zu entziehen und sich auf ihre Grundlagen zu besinnen. Wir unterstützen die Initiative der «Liga für Menschenrechte» für einen nationalen Proteststreik als Symbol und Zeichenhandlung des demokratischen Deutschland. Was in Schweden bereits nach einem Opfer möglich war – ein landesweiter Streik – sollte auch bei uns möglich sein!

– Von den evangelischen Kirchen fordern wir, jede Annäherung an die Ausländerfeindlichkeit zu unterlassen. Die christliche Ethik fordert von Christinnen und Christen, sich der Fremdlinge anzunehmen, die Schwachen zu unterstützen und sich gegen diejenigen zu wenden, die mit missionarischem Eifer die Veränderung und Ausserkraftsetzung des Asylrechts betreiben. In der Weimarer Republik hat die evangelische Kirche zu spät begriffen, wohin der Zug ging. Heute ist es noch früh genug, zu sehen!

– Von den Spitzen von Staat und Gesellschaft erwarten wir ausser Sonntagsreden eindeutige Zeichen. Bisher wurden Flüchtlingsheime nie in den sogenannten «guten Wohngegenden» eingerichtet. Warum gab es Container für Flüchtlinge auf Schulhöfen und nicht im Schlossgarten von Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten?

Wir bitten die Leserinnen und Leser dieser Erklärung, sich an lokalen Aktionen zur Unterstützung der Flüchtlinge zu beteiligen und bei SPD, DGB, Bündnis 90/Grüne und den Kirchen gegen die geplanten Grundgesetzänderungen zu protestieren.